

# SP grübelt über Geldsegen

Annehmen oder ablehnen? Wie sie mit Parteispenden der Raiffeisenbank und der Credit Suisse umgehen soll, sorgt in der SP für reichlich Diskussionsstoff.

EVELINE RUTZ

**BERN.** Die SP hat die Bürgerlichen jahrelang für ihre Nähe zu den Banken kritisiert, nun soll sie selbst in den Genuss von Parteispenden aus der Finanzbranche kommen. Die Raiffeisenbank und die CS haben kürzlich angekündigt, ihr Modell zu ändern und künftig alle Parteien nach ihrer Grösse zu unterstützen. Sie haben dafür Beträge von 246 000 Franken und 1 Million Franken in Aussicht gestellt. Für die SP, die zweitstärkste Partei auf nationaler Ebene, käme ein ansehnlicher Betrag zusammen. Der Geldsegen bringt die Sozialdemokraten, welche die Banken traditionell am schärfsten kritisieren, allerdings in ein Dilemma.

## Die Basis hat das letzte Wort

Die Frage, ob sie die Spenden annehmen soll, will die Bundeshausfraktion nicht allein entscheiden. Nachdem aus den Kantonen zahlreiche Reaktionen eingegangen sind, hat sie gestern beschlossen, eine Vernehmlassung durchzuführen. «Unsere Mitglieder sollen sich zu möglichen Kriterien äussern können», sagt Fraktionschef Andy Tschümperlin (SZ). Am Parteitag vom 8. September soll ein Entschluss gefasst werden. «Einen derartigen Kurswechsel darf man nicht von oben nach unten verordnen», sagt Hans-Jürg Fehr (SH). Es brauche eine breite Diskussion. Dies findet auch Cédric Wermuth (AG). Es gehe immerhin um einen Grundsatzentscheid. «Die Banken versuchen, PR zu machen», stellt er fest. Darauf einzugehen, würde die SP viele Sympathien kosten. Und: «Es handelt sich um Schwarzgeld.»

## «Mehr Schaden als Nutzen»

Auch Matthias Aebischer (BE) plädiert entschieden dafür, die Spenden auszuschlagen. «Es geht um unsere Glaubwürdigkeit.» Gerade von der SP erwarteten die Wähler, dass sie unabhängig politisiere. Nehme die Partei das Geld der Banken an, müsse sie mit einem Imageschaden rechnen. Unter dem Strich würde die Spende damit mehr schaden als nützen.



Die SP im Dilemma: Hans-Jürg Fehr, Christian Levrat und Paul Rechsteiner.

Prisca Birrer-Heimo (LU) ist äusserst kritisch und hat bei der Frage ein «ungutes Gefühl». «Man müsste gut prüfen, wofür man das Geld verwenden würde.» Es brauche zudem klare Kriterien, nach denen Spenden angenommen würden. Noch sei sie zu keinem Schluss gekommen. «Mein Entschluss muss noch reifen.» Für Edith Graf-Litscher (TG) ist zentral, dass die Zuwendungen keine Bedingungen geknüpft sind und transparent gemacht werden. Seien diese Voraussetzungen erfüllt, spreche nichts dagegen, das Geld anzunehmen. Im Fall der Mobilien sei die SP so vorgegangen. «Wir wollen schliesslich mit möglichst gleichen Bandagen kämpfen wie die andern.» Besser wäre ihrer Meinung nach aber

eine staatliche Parteienfinanzierung.

## Einen Fonds einrichten

Dass die Banken nicht mehr auflisteten, wer in ihrem Sinne stimme, sondern alle Parteien gemäss ihrer Stärke unterstützen wollten, sei ein Schritt in die richtige Richtung, sagt Ursula Wyss (BE). Sie schlägt jedoch vor, dass das Geld nicht direkt den Parteien, sondern in einen Fonds überwiesen wird. Eine Idee, die auch dem Schaffhauser Nationalrat Fehr gefällt. «Wir könnten so eine gewisse Distanz wahren.» Fehr lehnt die in Aussicht gestellten Spenden nicht von vornherein ab. Der ehemalige Parteipräsident hat in zahlreichen Abstimmungskämpfen gesehen, «was ungleich lange Spiesse be-

deuten». Mit Vorstössen für mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung haben die Sozialdemokraten im Parlament immer wieder Schiffbruch erlitten. In der zweiten Sessionswoche sprach sich der Nationalrat beispielsweise dagegen aus, dass Parteien einer Offenlegungsstelle regelmässig Auskunft über Spenden ab 10 000 Franken geben sollen. Vergleichlich hatte Motionärin Margret Kiener Nellen gefordert: «Weg von Blackboxes, weg von Mutmassungen in den Medien und weg von Strichlisten der Banken.» Eine Mehrheit wehrte sich gegen die «latente Unterstellung, dass politische Argumente mit Geld erworben werden können», wie Kommissionssprecher Rudolf Joder (SVP/BE) ausführte.

## JOURNAL

### Sans-Papiers treffen Bundesrätin Sommaruga

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat gestern im Bundeshaus eine Gruppe von Sans-Papiers empfangen. Die Papierlosen hatten um das Treffen ersucht, um für eine kollektive Aufnahme von 173 Personen zu bitten. Darauf ging aber Sommaruga nicht ein. Sie nahm lediglich die Liste mit den 173 Namen entgegen. Die Papierlosen sorgten noch für weitere Aufmerksamkeit: Sie besetzten anschliessend das Generalsekretariat der SP Schweiz. (sda)

### Keine Sonderbehandlung für die Hotellerie

Die Hotellerie wird nicht von der Mehrwertsteuer befreit. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat gegen eine solche Sonderregelung ausgesprochen. Die Befürworter wollten damit die Folgen des starken Frankens abfedern. Der Ständerat lehnte es gestern aber mit 24 zu 14 Stimmen ab, auf die Beratungen über die Sonderregelung zur Mehrwertsteuer einzutreten. Der Nationalrat hatte sich mit 92 zu 88 Stimmen bei 7 Enthaltungen gegen die Idee ausgesprochen. Damit ist die Vorlage vom Tisch. (sda)

## Immer mehr Menschen wollen Medizin studieren

*Weil die Nachfrage nach Studienplätzen für Medizin grösser ist als das Angebot, empfiehlt die Universitätskonferenz erneut einen Numerus clausus für das Studienjahr 2012/13. In vier Universitäten werden Eignungstests durchgeführt.*

**BERN.** Betroffen sind die Kandidaten aller drei Medizinsparten – der Human-, Dental- und Veterinärmedizin. Studienbewerber für die Universitäten Basel, Bern, Freiburg und Zürich müssen sich am 6. Juli dem Numerus clausus stellen. Sie führen dieses Auswahlverfahren seit 1998 durch.

### Im Verlauf des ersten Jahres

Die übrigen Universitäten gehen anders vor. In Genf wird ebenfalls eine Prüfung durchgeführt. Die Universität nutzt die Ergebnisse jedoch nicht als Selektionsinstrument. In Lausanne und Neuenburg wird ganz auf Tests

verzichtet. In diesen drei Westschweizer Unis erfolgt die Auswahl im Laufe des ersten Studienjahres.

### Grosse Nachfrage

Für das nächste Studienjahr ist die Nachfrage erneut sehr gross: 3120 Personen haben sich für einen Studiengang in Humanmedizin an den Universitäten Basel, Bern, Freiburg und Zürich eingeschrieben, wie die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) gestern mitteilte. Zur Verfügung stehen aber nur 632 Ausbildungsplätze. Die Zahl der Bewerber steigt seit Jahren. «Dies widerspiegelt das starke Interesse an Medizinstudiengängen und die wachsende Zahl der Studierenden an den Universitäten», sagt Valerie Clerc, stellvertretende Generalsekretärin der SUK. Erfahrungsgemäss würden 20 Prozent der Kandidaturen bis zum Testtermin zurückgezogen. Dennoch würden die restlichen Anmeldungen die Aufnahmefähigkeit übersteigen. Ein Test sei unerlässlich. (sda)

## Weiter Streit über Steuerabkommen

**BERLIN.** Die deutschen Oppositionsparteien SPD und Grüne beharren auf Korrekturen an dem mit der Schweiz abgeschlossenen, aber noch nicht ratifizierten Steuerabkommen. Sie wollen den Vertrag in der Länderkammer stoppen, wenn er unverändert bleibt.

In diesem Streit mit der christlich-liberalen Bundesregierung zeichnet sich weiter kein Kompromiss ab. Im Bundesrat hat die Regierung keine Mehrheit. Die von SPD und Grünen geführten Bundesländer könnten dort eine Verabschiedung verhindern. Diese Bundesländer verlangen nach wie vor Verschärfungen bei der geplanten Besteuerung der in der Schweiz seit Jahren angelegten Schwarzgeld-Milliarden sowie künftiger Kapitalerträge bei Schweizer Banken. Das bekräftigten Landesregierungen vor Gesprächen von CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble mit seinen Ressortkollegen der Länder. Morgen Donnerstag ist das im September unterzeichnete Abkommen Thema der Finanzministerkonferenz. Eigentlich soll es 2013 in Kraft treten. (sda)

Anzeige

**SPAR**

So günstig.

**1/2 Preis**

**3.45**

**Rindsentrecôte**  
Südamerika  
100 g  
statt 6.90

**-32%**

**3.30**

Peruanische Spargeln weiss  
Kaliber: XL/Jumbo  
Bund à 500 g  
statt 4.90

**-39%**

**-.70**

**Toni Jogurt**  
alle Sorten  
180 g  
statt 1.15

**-33%**

**3.95**

**Dr. Oetker Pizza Ristorante**  
alle Sorten  
325 g – 390 g  
statt 5.95

**Aktion**

**14.90**

**Villa Antinori IGT**  
2007\*  
Herkunft: Italien, Toscana  
7,5 dl  
statt 18.50

**-25%**

**9.90**

**Coca-Cola**  
alle Sorten  
6 x 1,5 Liter  
statt 13.20

Gültig von 13.3. bis 17.3.2012 oder solange Vorrat. Abgabe nur in Hausmengen. Alle Preise sind in CHF angegeben. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Ihren nächsten SPAR Markt finden Sie unter [www.spar.ch](http://www.spar.ch)

\*Jahrgangsänderungen vorbehalten

So frisch. So nah. So günstig.

**SPAR** **EUROSPAR**